

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **11.05.2011**, 17:15 Uhr - 19:55 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Richard-Michael Halberstadt, Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Robert Otte, Florian Steinforth, Barbara Stober, Dieter von den Berg,

von der SPD-Fraktion

Beanka Ganser, Elke Haves-Cloppenburg, Thomas Kollmann, Dr. jur. Thorsten Kornblum (bis 19:32 Uhr), Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Petra Dieckmann, Birgit Edler (ab 17:20 Uhr), Dirk Guddorf, Dr. Brigitte Hasenjürgen,

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz, Dietmar Uhlenbrock,

von der Fraktion DIE LINKE.

Joachim Bruns,

Sachkundige Einwohner/innen

Yildirim Eroglu (bis 19:37 Uhr), Michael Hartleif, Otmar Knüvener, Martin Schofer,

von der Verwaltung

Stadtrat Thomas Paal, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Gabriele Böcker, Dr. Eckhardt Gollmer, Felix Graf von Plettenberg, Sibylle Kratz-Trutti, Dr. med. Norbert Schulze Kalthoff, Dr. Dagmar Schwarte, Dr. Claus Weth, Michael Willamowski,

für die Schriftführung

Barbara Hamisch,

Es fehlten:

Gilbert Aldejohann (abgemeldet), Gisela Holtz (abgemeldet), Dr. Gabriele Peus-Bispinck (abgemeldet), Harald Wölter (abgemeldet)

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner.

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 3.3. | Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| | 4. | Vorlagen und Berichte zum Aufgabenfeld Arbeitsförderung |
| <u>V/0206/2011</u>
IV | 4.1. | Wirksamkeit der AIM-Projektförderung 2010 und Förderung von Maßnahmen zur Überwindung und Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit 2011 |
| | 4.2. | Information des Jobcenters Münster |
| <u>V/0256/2011</u>
V | 4.3. | Jobcenter Münster: Lokale Zielvereinbarung 2011 (kommunale Ziele) |
| <u>V/0239/2011</u>
IV | 5. | Maßnahmenprogramm einer kindbezogenen Armutsprävention in Münster |
| | 6. | Vorlagen und Berichte zum Aufgabenfeld Gesundheit |
| | 6.1. | Bericht aus der Gesundheitskonferenz am 30.03.2011 |
| <u>V/0131/2011</u>
V | 6.2. | Gesundheitsrahmenbericht |
| <u>V/0237/2011</u>
V | 6.3. | Gesundheitsbericht Band 18 - Gerontopsychiatrische Versorgung von demenzerkrankten Menschen in Münster |
| | 7. | Verschiedenes |

Frau Ganzer eröffnete um 17:15 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte Herrn Ralf Bierstedt, den neuen Geschäftsführer des Jobcenters Münster, und hieß ihn im Namen der Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung herzlich willkommen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Mitglieder, die zu verpflichten gewesen wären, waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Frau Ganzer schlug vor, den Tagesordnungspunkt 5 dann aufzurufen, wenn die Berichtstermin nach der Information des zeitgleich tagenden Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien eingetroffen sei. Die Mitglieder widersprachen dem Vorschlag nicht. Die Tagesordnung wurde daraufhin wie folgt festgesetzt:

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 3.3. | Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0206/2011</u>
IV | 4. | Wirksamkeit der AIM-Projektförderung 2010 und Förderung von Maßnahmen zur Überwindung und Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit 2011 |
| <u>V/0239/2011</u>
IV | 5. | Maßnahmenprogramm einer kindbezogenen Armutsprävention in Münster |
| | 6. | Information des Jobcenters Münster |
| <u>V/0256/2011</u>
V | 7. | Jobcenter Münster: Lokale Zielvereinbarung 2011 (kommunale Ziele) |
| | 8. | Vorlagen und Berichte zum Aufgabenfeld Gesundheit |
| | 8.1 | Bericht aus der Gesundheitskonferenz am 30.03.2011 |

<u>V/0131/2011</u> V	8.2	Gesundheitsrahmenbericht
<u>V/0237/2011</u> V	8.3	Gesundheitsbericht Band 18 - Gerontopsychiatrische Versorgung von demenzerkrankten Menschen in Münster
	9.	Verschiedenes

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung	Mitteilungen
-----------------------------------	---------------------

Herr Stadtrat Paal

3.2.1 informierte darüber, dass die GGUA am 28.03.2011 einen Betrag in Höhe von 100.000 € vereinbarungsgemäß zurückgezahlt habe. Der Betrag sei der GGUA als zinslose rückzahlbare Überbrückung zur Zwischenfinanzierung des Projekts MAMBA mit Beschluss des Rates vom 10.11.2010 gewährt und im Dezember 2010 ausgezahlt worden. Der dazu gehörenden Vorlage habe der ASGAf am 27.10.2010 zugestimmt. Rückzahlungsfrist sei der 01.04.2011 gewesen.

3.2.2 berichtete über die Vereinbarung der Verwaltung mit dem Institut für Soziologie der WWU Münster über die Anfertigung einer Expertise zum Thema „Armut im Alter“. Hintergrund sei der Beschluss des Hauptausschusses vom 27.08.2008 zur Vorlage V/0565/2008, die wiederum auf dem Ratsantrag der SPD-Fraktion (A-R/00332/2008 vom 1.6.2008) „Münster für alle - In Würde alt werden - Schutz vor Altersarmut wirkungsvoll entfalten“ basiere.

Die Arbeit werde einerseits die Auswirkungen materieller Unterversorgung auf ältere Menschen heute aufbereiten, beispielsweise mit Blick auf Gesundheit, soziale Kontakte, Wohnsituation. Darüber hinaus sollten in einem Prognoseteil szenarioartig die quantitative Entwicklung sowie ihre Auswirkungen in qualitativer Beziehung bis 2025 dargestellt und vorläufige Empfehlungen für kommunale Handlungsstrategien entwickelt werden.

Das Institut für Soziologie (Prof. Dr. D. Hoffmeister und Franka Schäfer, M.A.) hätten die Arbeiten für die Expertise aufgenommen; die Arbeit sollten bis zum 31.10.2011 fertig gestellt sein. Der Arbeitsumfang entspreche 0,5 Stelle (E 13 TV-L) für die Dauer von 6 Monaten. Die damit verbundenen Kosten beliefen sich auf 10.209,93 €,

3.2.3 wies auf die Informationen zum Münster-Pass hin, die den Mitgliedern vorlagen.

- 3.2.4 erläuterte die seit Oktober 2007 bestehende Beteiligung der Stadt Münster an dem landesweiten Projekt zur mobilen medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen gemeinsam mit fünf weiteren Städten. Organisation und Durchführung des Dienstes in Münster lägen bei der Bischof-Hermann-Stiftung. Die Krankenkassen, die Kassenärztliche Vereinigung und die betreffenden Kommunen seien gemeinsam Kostenträger des Projekts. Der vor einiger Zeit in Aussicht gestellte Bericht über die Evaluierung des Projekts sei veröffentlicht; aufgrund der Erfahrungen erfolge zwischenzeitlich eine Weiterentwicklung des Angebots.

Der Bericht umfasse mehr als 100 Seiten. Aus diesem Grund sei er als gedrucktes Exemplar nur den sozial- und gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprechern zur Verfügung gestellt worden. Er sei aber im Internet unter folgendem link abrufbar

http://www.mgepa.nrw.de/pdf/gesundheit/2010-11-11_Abschlussbericht_med_Versorgung.pdf

Bei Bedarf könnten sich Interessierte an Herrn Treutler oder Frau Hamisch wegen weiterer Druckexemplare wenden.

- 3.2.5 machte bekannt, dass voraussichtlich im November 2011 die Gesundheits- und Pflegekonferenz eine gemeinsame Sitzung durchführen würden. Mit Blick auf verschiedene Schnittstellenproblematiken u. a.

- im Bereich des Überleitungsmanagements und
- bei der ärztlichen Versorgung von Bewohnerinnen und Bewohnern in vollstationären Pflegeeinrichtungen

seien die Handlungsabläufe hin zu integrierten Betreuungs-, Begleitungs- und Versorgungsmodellen interdisziplinär aufzuzeigen. Durch die Bildung von Arbeitsgruppen sollten ergebnisorientiert Zielvereinbarungen getroffen und verbindliche Handlungsabläufe für die hilfe- und pflegebedürftigen Menschen, die beteiligten Akteure, Einrichtungen und Träger getroffen werden. Die beteiligten Fachämter würden mit den Vertreterinnen und Vertretern von Gesundheits- und Pflegekonferenz die gemeinsame Sitzung inhaltlich vorbereiten.

Herr Willamowski

- 3.2.6 machte darauf aufmerksam, dass die LAG Selbsthilfe NRW e. V. zum 15.04.2011 mit dem Beratungsangebot zum Persönlichen Budget begonnen habe. Beratungskraft sei Herr Oliver Schneider, der zurzeit wöchentlich an zwei Tagen offene Sprechstunden anbiete, zu anderen Zeiten könnten Termine vereinbart werden.
- 3.2.7 informierte über die Einführung des neuen Bildungs- und Teilhabepakets durch das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII. Aktuell seien aus allen Rechtskreisen für 909 Kinder 1.472 Anträge eingegangen. Eine Zusammenfassung seiner Ausführungen ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 1**.

Herr Dr. Schulze Kalthoff

- 3.2.8 berichtete über einen Personalwechsel im Gesundheitshaus. Herr Jörg Espei habe auf eigenen Wunsch eine Stelle im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien angetreten. Koordinatorin im Gesundheitshaus sei jetzt Frau Hiltrud Noll.

3.3.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 04.05.2011 zum Bildungs- und Teilhabepaket

Die Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL erhielten die Mitglieder zu Sitzungsbeginn als Tischvorlage. Herr Willamowski erläuterte die schriftliche Antwort.

Herr Stadtrat Paal und Herr Willamowski beantworteten Nachfragen der Mitglieder und sagten die Prüfung bzw. Umsetzung folgender Anregungen zu:

- Die Verwaltung erstellt für die nächste Sitzung des ASGAf eine Matrix, aus der die Art der Leistungen und der sie in Anspruch nehmende Leistungskreis ersichtlich sind (Anregung von Frau Ganser).
- Für die kommende Sitzung des ASGAf wird ein gesonderter Tagesordnungspunkt zum Bildungs- und Teilhabepaket aufgenommen, in dem u. a. darüber informiert wird, wie Sportvereine und andere Institutionen motiviert werden, auf die Leistungsberechtigten zuzugehen (Anregung von Frau Dr. Dieckmann).
- Die Verwaltung prüft, ob die bereits jetzt durchgeführte Informationsarbeit in einzelnen Stadtteilen intensiviert werden kann (Anregung von Herrn Kollmann).
- Die Anträge zum Bildungs- und Teilhabepaket sollen Berechtigten bei Erstbeantragungen von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII direkt mit ausgehändigt bzw. übersandt werden (Anregung von Herrn Guddorf).
- Die Verwaltung wird das Angebot von Herrn Eroglu, den Integrationsrat bei der Bewerbung des Angebots in Anspruch zu nehmen, gerne aufgreifen.

Die Anfrage vom 04.05.2011 und die Antwort der Verwaltung vom 05.05.2011 sind der Niederschrift beigelegt – **Anlagen 2 und 3**.

3.3.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.05.2011 zum Bildungs- und Teilhabepaket

Die Antworten auf die Anfrage der SPD-Fraktion erhielten die Mitglieder zu Sitzungsbeginn als Tischvorlage. Herr Willamowski erläuterte die schriftlichen Antworten und beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Frau Ganser bemängelte für die SPD-Fraktion in der Verwaltungsantwort die Verknüpfung zwischen Bildungs- und Teilhabepaket und Mehreinnahme durch die Erstattung der Grundsicherungsleistungen. Die Grundsicherungsleistung hätte eigentlich immer durch den Bund und nicht durch die Kommune geleistet werden müssen. Eine „Verrechnung“ sei nicht statthaft.

Die Fragen vom 09.05.2011 und die Antworten der Verwaltung vom 10.05.2011 sind der Niederschrift beigelegt – **Anlage 4**.

3.3.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.05.2011 zur städtischen Unterkunft Schwarzer Kamp

Die Antworten auf die Anfrage der SPD-Fraktion erhielten die Mitglieder zu Sitzungsbeginn als Tischvorlage. Herr Willamowski erläuterte die schriftlichen Antworten und sagte zu, den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung über die weitere Planung zu unterrichten.

Die Fragen vom 08.05.2011 und die Antworten der Verwaltung vom 11.05.2011 sind der Niederschrift beigelegt – **Anlage 5**.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0206/2011

Wirksamkeit der AIM-Projektförderung 2010 und Förderung von Maßnahmen zur Überwindung und Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit 2011

Frau Böcker stellte die Vorlage vor und machte auf zwei notwendige Korrekturen in der Anlage 1 zur Vorlage aufmerksam: Der Förderbetrag an den Träger INFA Münster gGmbH betrage 10.000 €, die Summe der Mittelbeteiligung Dritter bzw. der Kofinanzierungen 255.300 €. Die geänderte Anlage ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 6**.

Herr Stadtrat Paal und Frau Böcker beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Herr Guddorf wies darauf hin, dass eine stärkere Vernetzung zwischen den Maßnahmen nach dem SGB II und SGB III erforderlich sei.

Herr Dr. Kornblum mahnte eine gemeinsame Strategie und einheitliche Zusammenarbeitsformen in der Verwaltung an. Reibungsverluste zwischen Dezernaten und Ämtern müssten abgebaut und Synergieeffekte genutzt werden. Hierfür müssten entsprechende Strukturen geschaffen werden.

Frau Dr. Hasenjürgen sprach die Erwartung aus, den vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 06.04.2011 vorgelegten Gesetzentwurf zur „Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Leistungen der Arbeitsförderung für junge Menschen in der nächsten, spätestens der übernächsten Sitzung des ASGAf als eigenen Tagesordnungspunkt vorzusehen.

Herr Stadtrat Paal sagte dies zu und wies darauf hin, dass für die nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung regelmäßig der Tagesordnungspunkt „Information des Jobcenters“ vorgesehen sei. Außerdem werde es zur Instrumentenreform eine Berichtsvorlage der Verwaltung geben.

Herr Uhlenbrock verwies hinsichtlich der Informationen in der Vorlage zum weiteren Verbleib der Jugendlichen nach Beendigung der Maßnahme 2010 darauf, dass bei der Mehrzahl ein Übertritt in andere Maßnahmen angegeben sei und als ein Beispiel hierfür lediglich die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen genannt würden. Er halte eine Auflistung der einzelnen Maßnahmen und nähere Erläuterungen hierzu für erforderlich.

Frau Geschkewitz nannte als ein anzustrebendes Ziel eine höhere Vermittlungsquote in den 1. Arbeitsmarkt.

Herr Otte regte eine exemplarische Auswertung des Werdegangs eines Jahrgangs von Jugendlichen an, die an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen teilgenommen hätten.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Bericht über die Wirksamkeit der in 2010 ausgelaufenen Projekte wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Förderung der in der Begründung aufgeführten Projekte wird zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0302	Zentrale Leistungen für am Schulleben Beteiligte	2011	357.120 €	
Zeile	15			357.120 €	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan bei der o. g. Produktgruppe in Höhe von 357.120 € veranschlagt.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0239/2011**

**Maßnahmenprogramm einer kindbezogenen
Armutsprävention in Münster**

Frau Kratz-Trutti stellte die Vorlage vor und beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Frau Dr. Hasenjürgen sprach dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien ein großes Lob für die Vorlage aus. Der eingeschlagene Weg müsse in dem Sinne fortgesetzt werden, dass künftig Leitsätze für alle Kinder aufgestellt würden. Außerdem seien eine stärker sozialraumorientierte Berichterstattung sowie eine systematische Wirkungskontrolle wünschenswert. Die Finanzausstattung reiche aber nicht aus; das für zwei neue Stellen in der Schulsozialarbeit abgezweigte Geld müsse anderweitig zur Verfügung gestellt werden.

Herr Otte lobte die Vorlage und kündigte an, dass sich die CDU-Fraktion dem vorliegenden Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion anschließen werde. Er bat, in das Gesamtkonzept die Bereiche Bildung und Teilhabe sowie Münster-Pass einzubringen und in den nächsten Bericht aufzunehmen.

Herr Kollmann wies darauf hin, dass die Schnittstelle Integration/Migration in künftigen Berichten Berücksichtigung finden sollte.

Frau Ganser würdigte die gute Vorlage und regte für die Zukunft eine Darstellung der geschlechtergerechten Maßnahmengestaltung an.

Frau Winkel lobte die Vorlage und brachte folgenden Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion ein:

Beschlussvorschlag

1. wie Vorlage
2. wie Vorlage

3. wie Vorlage
4. wie Vorlage
5. neu

Die Verwaltung wird beauftragt, eine sozialräumliche Darstellung der im Programm kindbezogener Armutsprävention stattfindenden Maßnahmen vorzulegen und einen Kriterienkatalog dafür zu entwickeln, welche Maßnahmen langfristig in welchen Stadtteilen/ -vierteln angeboten werden sollen. Hierbei sind sowohl die mit dieser Vorlage bereitgestellten Mittel als auch die aus Sparkassenmitteln finanzierten Maßnahmen dieses Arbeitsfeldes darzustellen.

Gegen den Ergänzungsantrag wurde kein Widerspruch erhoben. Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage in der Fassung des Ergänzungsantrages einstimmig und empfahl dem Hauptausschuss und dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Das Handlungskonzept einer kindbezogenen Armutsprävention in Münster, das insbesondere benachteiligten Kindern eine möglichst frühe Förderung und intensive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eröffnen soll, wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Die von der Verwaltung zur Umsetzung einer kindbezogenen Armutsprävention vorgeschlagenen Maßnahmen, die in der Anlage 1 und in der Anlage 3 in einer kurzen Finanzübersicht dargestellt sind, werden in Höhe von 152.000 € für zwei Jahre (01.06.2011 bis 31.05.2013) beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die in den jeweiligen Handlungsfeldern formulierten Maßnahmen mit den Freien Trägern der Jugendhilfe, dem Gesundheitsamt, der Schulverwaltung und dem Sozialamt der Stadt Münster umzusetzen.
4. Folgende Ratsanträge sind mit dieser Beschlussvorlage aufgegriffen:
 - Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der Fraktion DIE LINKE, Ratsherr Langenfeld (Piratenpartei) (Antrag Nr. A-R/0034/2009) „Chancen für alle Kinder in unserer Stadt – Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut in Münster“
 - Antrag zum Haushalt 2011 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Chancen für alle Kinder von Anfang an – Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut in Münster“
5. Die Verwaltung wird beauftragt, eine sozialräumliche Darstellung der im Programm kindbezogener Armutsprävention stattfindenden Maßnahmen vorzulegen und einen Kriterienkatalog dafür zu entwickeln, welche Maßnahmen langfristig in welchen Stadtteilen/ -vierteln angeboten werden sollen. Hierbei sind sowohl die mit dieser Vorlage bereitgestellten Mittel als auch die aus Sparkassenmitteln finanzierten Maßnahmen dieses Arbeitsfeldes darzustellen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Der Rat der Stadt Münster hat am 08.12.2010 im Rahmen seiner Haushaltsplanberatungen beschlossen 152.000,00 € für 2011 bis 2014 für das Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut in der Stadt Münster bereitzustellen.

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Für das Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut in der Stadt Münster hat der Rat für das Jahr 2011 bis 2014 je 152.000 Euro bereitgestellt:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0604	Familienförderung	2011 2012 2013 2014	152.000 152.000 152.000 152.000	Spätere Ver- gabe Ratsent- scheidung 06/2013
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwen- dungen			

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2011 bei o. g. Produktgruppe veranschlagt bzw. vorgesehen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2012 bzw. der mittelfristigen Ergebnis und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Information des Jobcenters Münster

Herr Bierstedt informierte schwerpunktmäßig über die nachfolgend aufgeführten Themen und beantwortete Nachfragen der Mitglieder:

- Instrumentenreform
- aktueller Stand der Zielerreichung 2011
- Organisation im Jobcenter

Der Vortrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 7**.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0256/2011

Jobcenter Münster: Lokale Zielvereinbarung 2011 (kommunale Ziele)

Herr Stadtrat Paal stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Frau Dr. Dieckmann empfahl, bei den Zielvereinbarungen für das Jahr 2012 stärker die Nachhaltigkeit der Integration und Qualifizierungsaspekte zu berücksichtigen und diesen Bereichen Vorrang vor monetären Zielen einzuräumen.

Herr Stadtrat Paal wies darauf hin, dass ab dem Jahr 2012 jährliche Zielvereinbarungen nach vorheriger Beteiligung der Vertretungskörperschaft gewährleistet würden.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss daraufhin mit 17 Fürstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) und einer Gegenstimme (DIE LINKE):

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung stimmt den in der Begründung vorgestellten kommunalen Zielen und Zielwerten für 2011 zu. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Geschäftsführung des Jobcenters eine Zielvereinbarung für 2011 mit diesen Zielen und Zielwerten abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Beratungs- und Entscheidungsvorlage über das künftige Steuerungs- und Organisationskonzept für das Jobcenter ein praktikables Verfahren vorzuschlagen, das ab 2012 jährliche Zielvereinbarungen mit der Geschäftsführung des Jobcenters vor Jahresbeginn nach vorheriger Beteiligung der Vertretungskörperschaft gewährleistet.

Punkt 8 der Tagesordnung	Vorlagen und Berichte zum Aufgabenfeld Gesundheit
---------------------------------	--

Punkt 8.1 der Tagesordnung	Bericht aus der Gesundheitskonferenz am 30.03.2011
-----------------------------------	---

Herr Dr. Schulze Kalthoff berichtete über die Sitzung der Gesundheitskonferenz am 30.03.2011. Folgende vier Themenschwerpunkte seien behandelt worden:

- **Bericht über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen**
Die Geschäftsstelle der Gesundheitskonferenz habe den Auftrag gehabt, die von der Gesundheitskonferenz seit dem Jahr 2005 verabschiedeten Handlungsempfehlungen auf den Stand ihrer Umsetzung zu überprüfen. Ein entsprechender Bericht sei erstellt und vorgestellt worden. Das Prinzip der Rückschau solle fortgesetzt werden.
- **Vortrag zum Thema „Zunahme der Lebenserwartung und Altern in Deutschland“**
Herr Prof. Ulrich Keil habe das Thema unter epidemiologischer, demografischer und medizinischer Sicht umfassend erläutert.
- **Verabschiedung der Handlungsempfehlungen „Gesund älter werden in Münster – psychische Gesundheit und Gesundheit durch soziale Integration und Teilhabe“**
Dr. Kalvari habe über die Handlungsempfehlungen informiert, die dann von der Gesundheitskonferenz verabschiedet worden seien.
- **Vorstellung folgender Berichte**
 - Gesundheitsrahmenbericht
 - Gesundheitsberichte Band 16 und Band 18 (Gerontopsychiatrischer Bericht)
 - Zwischenbericht Bündnis gegen Depressionen

Frau Ganzer dankte Herrn Dr. Schulze Kalthoff für seine Ausführungen und ganz besonders der Seniorenvertretung für die gute Zusammenarbeit im gesundheitlichen Bereich.

Die Äußerung wurde mit Beifall quittiert.

**Punkt 8.2 der Tagesordnung
V/0131/2011**
Gesundheitsrahmenbericht

Herr Dr. Schulze Kalthoff, Frau Arnkens-Homann und Frau Dr. Schwarte beantworteten Fragen der Mitglieder.

Frau Haves-Cloppenburg bedankte sich für den gut strukturierten Bericht und regte für die Zukunft nähere Ausführungen zu psychischen Problemen bei Kindern an.

Frau Dr. Dieckmann dankte ebenfalls für den interessanten und umfassenden Bericht und bat, künftig die Rolle der Landwirtschaft in Bezug auf multiresistente Bakterien aufzuzeigen.

Frau Ganser begrüßte insbesondere die externen Beiträge im Bericht und die geschlechtergerechte Sprache.

Die Äußerungen wurden mit Beifall quittiert.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 8.3 der Tagesordnung
V/0237/2011**
**Gesundheitsbericht Band 18 -
Gerontopsychiatrische Versorgung
von demenzerkrankten Menschen in Münster**

Frau Dr. Dieckmann bedankte sich für den guten Bericht und den Wegweiser Demenz. Sie äußerte den Wunsch nach einer Aufstellung zu Angebot und Nachfrage in den einzelnen Bereichen mit Hinweisen auf mögliche Kapazitätsengpässe. Außerdem regte sie eine Zusammenstellung der von Angehörigen aufzubringenden Kosten an, die weder von den Krankenkassen noch von der Pflegeversicherung übernommen würden.

Frau Ganser lobte den Bericht und sprach Herrn Dr. Gollmer hierfür und für seine insgesamt für die Stadt Münster geleistete Arbeit einen besonderen Dank aus. Sie hob insbesondere seine Verdienste im Bereich der Psychiatriekoordination und sein Engagement für gesellschaftliche Randgruppen hervor. Für die Zukunft wünschte Frau Ganser Herrn Dr. Gollmer im Namen der Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung alles Gute und viel Erfolg.

Die Aussage wurde mit Beifall quittiert. Herr Dr. Gollmer bedankte sich für die gute Zusammenarbeit.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung
Verschiedenes

Herr Schofer machte auf eine Befragung zur Situation der Freiwilligen in der stationären Altenhilfe aufmerksam. Unter anderem sollten Erkenntnisse über die Struktur der Helfenden und die Schwerpunkte des Engagements gewonnen werden.

Die Ergebnisse würden dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung zur weiteren Bewertung zugeleitet.

Frau Ganser bedankte sich bei Herrn Schofer.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

gez.
Beanka Ganser
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung